

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Internationaler Frauentag

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag des Saarlandes tritt entschieden für die Gleichstellung der Geschlechter ein – in Deutschland und weltweit. Gleiche Teilhabe ist Grundlage einer offenen, pluralistischen Gesellschaft. Die Gleichstellung der Geschlechter ist vor diesem Hintergrund Garant und Ziel zugleich.

Die freie Welt sieht sich gleich zwei Angriffen ausgesetzt: von außen durch Staaten wie Russland oder China und von innen durch antidemokratische Tendenzen. Demokratien stehen weltweit unter Druck und verlieren an Boden – die Zahl der autoritären Regierungen steigt. Eine schleichende Autokratisierung zeichnet sich aber schon länger ab – einhergehend mit dem Aushöhlen oder gar Abschaffen demokratischer Institutionen und Strukturen.

Leitragende dieser Entwicklungen sind insbesondere Frauen, deren Rechte und Freiheit massiv unterdrückt werden und die daher unserer besonderen Solidarität bedürfen.

Die Lage von Mädchen und Frauen ist in diesen Ländern besonders dramatisch. In der Ukraine werden an Frauen menschenverachtende Kriegsverbrechen verübt – sie werden gefoltert, vergewaltigt und verschleppt.

Jüngst wurde bekannt, dass Mädchen in iranischen Schulen vergiftet wurden, weil ihre Bildung den Fundamentalisten im Land ein Dorn im Auge ist. Deshalb hat die CDU-Landtagsfraktion mehrere politische Patenschaften für im Iran Inhaftierte übernommen.

Die allzu gern propagierte „feministische Außenpolitik“ bleibt eine Worthülse, wenn sie gerade hier, wo es auf schnelles und entschiedenes Handeln ankommt, tatenlos wegschaut.

Die Bundesregierung muss sich endlich dafür einsetzen, dass die iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation geächtet und Frauen in der außerparlamentarischen Opposition stärker unterstützt werden. Vor allem am Internationalen Frauentag, den wir hier bei uns in Deutschland in Freiheit begehen

können, rücken wir das Schicksal dieser Frauen und Mädchen in den Mittelpunkt.

Daher muss eine Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die gerade Frauen stärker in den Fokus rückt, die von mehr Frauen mitgestaltet wird und ihre spezifischen Lebenssituationen sowie konkreten Bedürfnisse berücksichtigt, die Antwort auf diese barbarischen Missstände sein.

Frauenrechte müssen weltweit aktiv geschützt werden. Wenn mehr Frauen beteiligt werden, profitiert die Gesellschaft als Ganzes. Der weibliche Blick betrachtet die Dinge aus einer anderen Perspektive und geht sie anders an. Das gilt regional wie überregional und insbesondere weltweit.

Und doch müssen wir unsere Hausaufgaben im eigenen Land machen! Dazu gehört zuvorderst, die geschlechterspezifische Lohnlücke endlich zu schließen und diskriminierende Entgeltregelungen abzuschaffen! Es kann im Jahr 2023 nicht mehr sein, dass gleiche Arbeit am gleichen Ort unterschiedlich entlohnt wird. Hierzu bedarf es, das Entgelttransparenzgesetz mit Blick auf das Evaluationsgutachten fortzuschreiben.

Darüber hinaus müssen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiterentwickeln und die Voraussetzungen für die häusliche Pflege entscheidend und spürbar verbessern. Sind es doch überwiegend Frauen, die „Heldinnen des Alltags“, die diese familiären Zusatzbelastungen überwiegend stemmen und Verantwortung übernehmen. Wenn sie sich diesen zusätzlichen Herausforderungen stellen und diese gesamtgesellschaftlich wichtigen Aufgaben übernehmen, müssen sich Frauen auch der besonderen Unterstützung des Staates sicher sein.

Unter dem Aspekt einer ganzheitlich effizienten Frauenpolitik gilt es ebenso, die Familienbesteuerung weiterzuentwickeln sowie insbesondere die Repräsentanz und Beteiligung von Frauen zu erhöhen. Wenn Frauen mehr als die Hälfte der Bevölkerung darstellen, muss sich dies auch bei der Besetzung von Gremien widerspiegeln.

Die CDU-Fraktion im Landtag des Saarlandes fordert daher die Regierungen in Bund und Land auf,

- Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt durchzusetzen und das Entgelttransparenzgesetz fortzuschreiben;
- die Familienbesteuerung weiterzuentwickeln - dazu bedarf es einer stärkeren Aufklärung bei der Steuerklassenwahl und eine Forcierung des Faktorverfahrens;
- die Förderung der Länder, wie sie im Kita-Qualitätsgesetz vorgesehen ist, zu verstetigen;
- Elterngeld im Hinblick auf eine Förderung der Familienarbeit weiterzuentwickeln;
- den gesetzlichen Mutterschutz bei Fehl- und Totgeburten auch vor der 24. Schwangerschaftswoche zu gewährleisten;

- das Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz weiterzuentwickeln;
- Lohnersatzleistungen für Fälle pflegebedingter Auszeiten zu schaffen;
- den Ausbau von Kita-Plätzen in Ballungsgebieten – insbesondere im Regionalverband Saarbrücken – stärker zu fördern;
- mindestens eine Langzeit-Kita pro Landkreis bzw. Regionalverband zu schaffen nach dem Beispiel der Kita-Kinderland im Landkreis Saarlouis;
- sich auf Bundesebene für eine bundeseinheitliche Definition einzusetzen, um die Ausweisung der geschlechtsspezifischen Gewalt gegen Frauen in der polizeilichen Kriminalstatistik darzustellen, um konkret präventiv dagegen vorgehen zu können. So kann ein aktuelles Lagebild zu geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten regelmäßig erstellt werden.
- die Repräsentanz von Frauen in Aufsichtsgremien und Geschäftsführungen landeseigener Gesellschaften durch die Festsetzung von unabweisbaren Zielgrößen mit dem Ziel der Parität bis 2027;
- die Einsetzung einer unabhängigen Beauftragten für gleichberechtigte Teilhabe auf der Ebene der Landesregierung, die die Zusammenarbeit mit Frauenverbänden und Frauenorganisationen sowie die Unterstützung und Beratung der kommunalen und behördlichen Frauenbeauftragten unterstützt sowie Anlaufstellen für alle Unternehmen und Verbände der freien Wirtschaft sein soll.